



## Ausstellung „Spurensuche Demokratie“ soll dauerhaft gezeigt werden

Am 20. Oktober 2024 sollte die vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg seit dem 18. April dies Jahres im Gedenkort „SA-Gefängnis Papestraße“ gezeigte Sonderausstellung über „im Nationalsozialismus verfolgte Angehörige der Bezirksversammlungen Schöneberg und Tempelhof 1933 bis 1945“ zu Ende gehen.



Die Ausstellung informiert über 16 verfolgte Abgeordnete, unter ihnen fünf Frauen, die in der NS-Herrschaft nicht nur ihre Mandate in den Bezirksversammlungen verloren, sondern auch Entlassungen, Ausgrenzungen oder Haft und Ermordung erlebten. Einzelne von ihnen leisteten Widerstand trotz aller Gefahren.

Während in den Kellerräumen des ehemaligen SA-Gefängnisses zwölf Personen gedacht wird, befinden sich im Rathaus Schöneberg drei Tafeln, die über die Schöneberger Verordneten, **Eduard Alexander**, **Martin Katz** und den späteren Bundespräsidenten **Theodor Heuss** informieren.

Komplettiert wird die Ausstellung an einem zweiten Außenstandort vor dem Rathaus Tempelhof. Hier wird an den ehemaligen Bezirks- und Stadtverordneten sowie Bezirksbürgermeister von Tempelhof (1947 bis 1951) **Otto Burgemeister** erinnert.

Auf der eigentlich als Abschlussveranstaltung vorgesehenen Besichtigung der Ausstellung am 19. Oktober gab die Kuratorin, **Heike Stange**, bekannt, dass die Sonderausstellung bis zum **30. März 2025** gezeigt wird. Ziel ist es, so die Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Tempelhof-Schöneberg, **Marijke Höppner**, die Ausstellung dauerhaft zu sichern. Die BVV setzt sich für

einen geeigneten Ort im Bezirk ein, um so nicht nur an die verfolgten Kommunalpolitikerinnen und -politiker zu erinnern, sondern auch an die Menschen, die sich nach der Bildung von Groß-Berlin im Jahre 1920 bis zur endgültigen Auflösung der Bezirksversammlungen durch die Nazis am 15. Juli 1934 für Demokratie und Selbstverwaltung einsetzten.

Es bleibt die Hoffnung, dass das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg die Forderung der BVV bis Ostern 2025 umsetzen wird.



**Gertrud Klühs** (1893 – 1976), Ehefrau von Franz Klühs, war von 1924 bis 1933 Mitglied der Bezirksversammlung Tempelhof. In ihrer im Mai 1933 eröffneten Bücherstube im Kaiserkorso 102 fand bis zum Verbot 1936 illegale Arbeit der SPD statt. Ihr Mann wurde mehrfach verhaftet und starb Anfang

1938 an den Folgen der Haft. Sie selbst wurde zusammen mit **Max Westphal** 1939 verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt. Das Kammergericht sprach sie frei, aber **Gertrud Klühs** verlor ihre Arbeitsstelle und musste sich bis zum Ende des Krieges mit ihren Kindern über verschiedene Arbeitsstellen in Bad Pyrmont „durchschlagen“.

Am 10. Mai 1945 kehrte sie nach Berlin zurück. Klühs ist Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt und wurde 1946 in die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin und in die Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof gewählt. Bis 1966 war sie politisch als Bürgerdeputierte im Bezirk Tempelhof aktiv. Zusammen mit der Fraktion B90/GRÜNE hat die SPD-Fraktion Tempelhof-Schöneberg den Antrag in die BVV eingebracht, dass das Bezirksamt, den Raum 2112 (neben dem BVV-Saal im Rathaus Schöneberg) nach **Gertrud Klühs** benennen soll.

**Uwe Januszewski**  
(auch Fotos)